

## Deutschland rettet Afghanen: Flüchtlinge vor der Taliban-Herrschaft!

Deutschland nimmt weitere afghanische Flüchtlinge auf, um Menschenrechte zu wahren – aktuelle Entwicklungen und Kritik im Überblick.



**Afghanistan, Land** - Am Mittwoch hat die geschäftsführende Bundesregierung afghanische Flüchtlinge aus Pakistan nach Deutschland geholt, was als menschenrechtlich richtig angesehen wird. Diese Entscheidung folgt auf die alarmierenden Berichte über die dramatische Menschenrechtslage in Afghanistan, die sich seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 erheblich verschlechtert hat. Afghanistan ist mittlerweile das einzige Land, in dem Mädchen keine weiterführenden Schulen besuchen dürfen und Frauen von Universitäten ausgeschlossen sind, wie Richard Bennett, UN-Sonderberichterstatter für die Lage der Menschenrechte in Afghanistan, betont.

Insgesamt wurden 30.300 Afghan\*innen von Deutschland aufgenommen, jedoch bleibt die Zahl der schutzbedürftigen Personen hoch. Viele dieser Flüchtlinge haben ihr Hab und Gut in Afghanistan zurückgelassen und leben nun in Pakistan. Dabei hat die alte Bundesregierung erklärt, dass sie nicht an die Vereinbarungen der neuen Bundesregierung gebunden ist, wodurch die laufenden Aufnahmeprogramme weitergeführt werden können.

## **Menschenrechtslage in Afghanistan**

Die Menschenrechtslage in Afghanistan ist besorgniserregend, mit Berichten über öffentliche Hinrichtungen, willkürliche Inhaftierungen und Folter. Massive Unterdrückung der Rechte von Frauen, Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten sowie das Verschwindenlassen von Personen sind an der Tagesordnung. Diese Missstände haben dazu geführt, dass viele Afghan\*innen das Land verlassen wollen, während andere entschlossen sind, weiter zu kämpfen.

Humanitäre Hilfe ist dringend erforderlich, da in Afghanistan eine tiefgreifende Krise herrscht, die besonders Kinder und ältere Menschen betrifft. Die Bundesregierung plant daher eine Soforthilfe für afghanische Flüchtlinge, bestätigte Staatsminister Niels Annen (SPD) in einer Sondersitzung des Menschenrechtsausschusses. Annen betont die Bereitschaft, zusätzliche humanitäre Hilfe insbesondere für das UNHCR und Hilfsorganisationen in Nachbarländern wie Iran zu leisten.

## **Kritik an der Bundesregierung**

Trotz dieser Bemühungen gibt es Kritik an der Entscheidung der Bundesregierung, weitere Menschen vor der Taliban-Herrschaft zu retten. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD sieht ebenfalls die Beendigung freiwilliger Bundesaufnahmeprogramme vor, um irreguläre Migration zu begrenzen. Abgeordnete der Opposition kritisieren die Afghanistan-Politik der Regierung als zu spät und unzureichend.

Besonders angefochten werden die klaren Definitionen für die Anerkennung von Ortskräften, wobei die Grünen der Regierung vorwerfen, sich hinter Schutzbehauptungen zu verstecken.

Gerade vor dem Hintergrund, dass die Bundeswehr 20 Jahre in Afghanistan aktiv war, um Menschenrechte zu wahren, wird die derzeitige Situation als gescheitert angesehen. Verlässliche Informationen zur Situation in Afghanistan sind nach der Schließung der deutschen Botschaft nur schwer zu erhalten. Diese unklare Lage erschwert die Bemühungen, gefährdete Personen wie ehemalige Ortskräfte und Menschenrechtsverteidiger\*innen zu schützen.

Die Gespräche mit Taliban-Unterhändlern, die derzeit in Doha stattfinden, könnten dabei helfen, die Ausreise von weiteren gefährdeten Personen zu ermöglichen. Die Hoffnung liegt auf den Verbindungen von Markus Potzel, dem ehemaligen deutschen Botschafter in Afghanistan, um diese wichtigen Rettungsaktionen voranzutreiben.

Diese komplexe Situation erfordert ständige Aufmerksamkeit und Engagement, um die humanitären und menschenrechtlichen Herausforderungen in Afghanistan zu adressieren. Deutschland hat die Verpflichtung, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten und schutzbedürftige Personen zu unterstützen.

Für weitere Informationen können Sie die folgenden Berichte lesen: [Sächsische.de](http://www.saechsische.de), [Institut für Menschenrechte](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de), [Bundestag.de](http://www.bundestag.de).

Details	
<b>Vorfall</b>	Migration
<b>Ort</b>	Afghanistan, Land
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.saechsische.de">www.saechsische.de</a></li><li>• <a href="http://www.institut-fuer-menschenrechte.de">www.institut-fuer-menschenrechte.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**